

20. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. März 1952.

442/J

A n f r a g e

der Abg. E b o n b i c h l o r, H a r t l o b und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend die Wahrung der Interessen der Volkswagensparer.

-.-.-.-

In Österreich gibt es rund 10.000 sogenannte Volkswagensparer, die in der NS-Zeit Vorauszahlungen für die Lieferung eines Volkswagens geleistet haben. Wenn auch der Fragenkomplex in Deutschland noch nicht endgültig geregelt erscheint, so wurde doch von den deutschen Behörden eine Anmeldefrist für sämtliche Volkswagensparer mit 31.12.1951 festgesetzt und jetzt bis 30.6.1952 verlängert. Daraus ist abzuleiten, daß in Deutschland mit Maßnahmen gerechnet werden kann, durch welche die dortigen Volkswagensparer in entsprechender Weise schadlos gehalten werden.

Das Verlangen auf Lieferung eines Volkswagens im Sinne des seinerzeitigen Vertragsabschlusses oder zumindest nach Leistung einer Entschädigung für die österreichischen Volkswagensparer, welche im guten Glauben seinerzeit ihre Zahlungen geleistet haben, ist sicherlich gerechtfertigt.

Die Unterzeichneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e

1.) Ist die Bundesregierung bereit, die Frage studieren und klären zu lassen, was im Interesse der österreichischen Volkswagensparer geschehen könnte, um deren Interessen rechtzeitig wahrzunehmen?

2.) Ist die Bundesregierung bereit, eines ihrer Mitglieder mit der Aufgabe zu betrauen, die Interessen der Volkswagensparer zu vertreten?

-.-.-.-